

# GESTALTEN STATT AUSGRENZEN

## PARITÄTISCHE POSITIONEN FÜR EINE HUMANE FLÜCHTLINGS- UND MIGRATIONSPOLITIK!

- = **GESTALTEN STATT AUSGRENZEN!**  
Für ein friedliches gesellschaftliches Miteinander
- = **INDIVIDUELLES RECHT AUF ASYL!**  
Für eine humane Flüchtlingspolitik
- = **SICHER NACH EUROPA!**  
Für legale Zugangswege
- = **MENSCHENWÜRDIGES ANKOMMEN!**  
Für gute Aufnahme und Unterbringung
- = **CHANCENGLEICHHEIT VON ANFANG AN!**  
Für den Schutz vulnerabler Geflüchteter
- = **AUSBILDEN STATT ABSCHIEBEN!**  
Für die Nutzung von Potenzialen
- = **WILLKOMMENSKULTUR LEBEN!**  
Für eine Politik der Teilhabe

# GESTALTEN STATT AUSGRENZEN

## PARITÄTISCHE POSITIONEN FÜR EINE HUMANE FLÜCHTLINGS- UND MIGRATIONSPOLITIK!

Die gegenwärtige Flucht- und Migrationspolitik wie auch die gesellschaftliche Debatte beobachtet der Paritätische mit größter Sorge. Forderungen nach einer Begrenzung der Fluchtzuwanderung sind allgegenwärtig, die Grund- und Menschenrechte Geflüchteter werden eingeschränkt oder de facto abgeschafft, und Fluchtbewegungen werden irreführend als „illegale“ oder „irreguläre“ Migration bezeichnet. Gesellschaftliche Herausforderungen werden immer weniger als Gestaltungsauftrag verstanden, sondern als Argument benutzt, um die Ausgrenzung Geflüchteter mittels Abschreckung, Auslagerung und Abschiebung voranzutreiben.

Um nur einige Beispiele zu nennen:

- = Auslagerung von Asylverfahren, Einschränkung von Verfahrensrechten
- = Ausweitung sicherer Herkunftsländer und Drittstaaten, Einführung von Grenzverfahren
- = Aussetzen von Familiennachzug, Resettlement und Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan
- = Verschärfungen bei Abschiebehäft und Ausreisegewahrsam, Ausweitung behördlicher Befugnisse zum Betreten von Wohnungen, fehlende Ankündigung von Abschiebungen
- = Absenken von Sozialleistungen, Leistungsausschluss bei Dublin-Fällen, Einführung von Bezahlkarten, die den Zugang zu Bargeld und wichtigen Strukturen diskriminierend einschränken, Rückgriff auf Sachmittel, Verlängerung des Bezugs reduzierter Leistungen (AsylbLG) auf 36 Monate

Solche Maßnahmen sind ungerecht, praxisfremd und zum Teil verfassungswidrig. Oder sie erschweren die Integration von Anfang an, befördern Armut. Viele führen auch zu Angst, Leid und (Re-)Traumatisierung. Was sie aber nicht erreichen: Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu fördern.

Dabei sind wir uns der gesellschaftlichen Herausforderungen durch Zuwanderung sehr bewusst und können die Sorgen vieler Menschen nachvollziehen: Inflation, teurer Wohnraum, Mangel an Kita- und Schulplätzen und marode Infrastruktur.

Die Antwort auf diese Probleme darf jedoch nicht in der Entrechtung und Stigmatisierung Geflüchteter bestehen. Vielmehr bedarf es einer gestaltenden und vorausschauenden Flucht-, Migrations- und Integrationspolitik als Teil einer sozialen und solidarischen Politik für alle.

## **GESTALTEN STATT AUSGRENZEN!** **FÜR EIN FRIEDLICHES GESELLSCHAFTLICHES MITEINANDER**

Investitionen in eine starke soziale Infrastruktur für alle sind der wichtigste Hebel, um Integrations- und Aufnahmeprozesse zu verbessern. Der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, Investitionen in Kitas und Schulen sowie in Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangebote für Geflüchtete und Migrant\*innen sind unabdingbar, um die Integration aller Zugewanderter in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu gewährleisten und gleichzeitig die Akzeptanz notwendiger Zuwanderung in unserer Gesellschaft zu erhöhen. Auch Fach- und Arbeitskräfte kommen nur dann gerne nach Deutschland, wenn sie sich willkommen fühlen.



Foto: Naassom Azevedo/Unsplash

Hierfür braucht es eine zukunftssteife und gerechtere Finanz- und Steuerpolitik, z. B. durch eine investitionsfreundliche Reform der Schuldenbremse, den Abbau umweltschädlicher Subventionen und die angemessene Beteiligung sehr hoher Einkommen und Vermögen an der Finanzierung des Gemeinwesens. Dies stärkt die staatliche Handlungsfähigkeit und letztlich auch unsere Demokratie.

## **INDIVIDUELLES RECHT AUF ASYL!** **FÜR EINE HUMANE FLÜCHTLINGSPOLITIK**

Das individuelle Recht auf Asyl ist nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus eine gesellschaftliche Errungenschaft und Ausdruck individueller Würde und Persönlichkeit, für die wir uns weiterhin vehement einsetzen werden. Jede\*r Einzelne muss auch zukünftig das Recht haben, seinen individuellen Anspruch auf Schutz hier bei uns prüfen zu lassen. Damit die Asylverfahren fair, rechtsstaatlich und zügiger ablaufen können, ist eine bessere Ausstattung aller am Asylverfahren beteiligten Akteure nötig (u.a. des Bundesprogramms Behördenunabhängige Asylverfahrensberatung). Der Paritätische fordert zudem die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes mit seinen unterhalb des Existenzminimums liegenden Leistungen und seiner eingeschränkten Gesundheitsversorgung. Stattdessen sollten Geflüchtete in die regulären Sozialgesetzbücher aufgenommen werden.

Außerdem plädieren wir für einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und für die Durchsetzung geltender menschenrechtlicher Standards durch die EU-Kommission.

## **SICHER NACH EUROPA!** **FÜR LEGALE ZUGANGSWEGE**

Der Grenzübertritt Geflüchteter ist keine „irreguläre Migration“ und sollte auch nicht als solche bezeichnet werden. Die Einreise von Flüchtlingen ist – entgegen weit verbreiteter Auffassung – nicht strafbar, denn zur Suche nach Schutz dürfen staatliche Grenzen überquert werden. Mangelnde legale Zugangswege sind ein Grund dafür, warum auf lebensgefährliche Routen ausgewichen wird. Eine ehrliche Antwort bestünde in der Schaffung und Ausweitung legaler Fluchtwege (humanitäre Visa, Resettlement, humanitäre Aufnahmeprogramme, Verbesserungen beim Familiennachzug), durch die Todesopfer und humanitäre Notlagen vermieden werden können. Die Abschaffung legaler Zugangswege lehnen wir ab. Auch engere Kooperationen und Abkommen mit Herkunftsländern können sinnvoll sein, sofern diese fair und auf Augenhöhe ausgestaltet werden.

## **MENSCHENWÜRDIGES ANKOMMEN!** **FÜR GUTE AUFNAHME UND UNTERBRINGUNG**

Der Paritätische fordert eine Orientierung an der Aufnahme Schutzsuchender aus der Ukraine und eine entsprechende Abschaffung von Wohnverpflichtungen, Wohnsitzauflagen und -regelungen. Die eigenständige Suche nach Wohnungen muss besser gefördert werden. Gleiches gilt für Organisationen, die Geflüchteten Wohnraum vermitteln. Potenzielle Wohnraumgeber\*innen sollten finanziell und mit guten Informationen unterstützt werden. Die Bedarfe von Geflüchteten, Kommunen und Ländern müssen bei Unterbringung und Verteilung besser in Einklang gebracht werden. Das gelänge z.B. durch die stärkere Berücksichtigung familiärer Verankerung, Qualifikation der Betroffenen und Ressourcen vor Ort (Wohnraum, Arbeitsmarkt) bei der Verteilung der Menschen (Matching-Programme). Eine menschenwürdige und integrationsfördernde Unterbringung muss mittelfristig dezentral in Wohnungen oder wohnungsähnlicher Form erfolgen.

## **CHANCENGLEICHHEIT VON ANFANG AN!** **FÜR DEN SCHUTZ VULNERABLER GEFLÜCHTETER**

Die Bedürfnisse besonders schutzbedürftiger Geflüchteter, darunter u.a. Geflüchtete mit Behinderungen, Minderjährige, Frauen sowie psychisch erkrankte und queere Geflüchtete, werden in Deutschland nicht ausreichend berücksichtigt und damit europa- und völkerrechtliche Verpflichtungen verletzt.

Der Paritätische fordert daher eine Pflicht zur bundesweiten systematischen und frühzeitigen Identifizierung besonderer Schutzbedarfe, die sozialrechtliche Verankerung einer diskriminierungsfreien Versorgung und eine diesen Vorgaben entsprechende Versorgung (Stärkung der Psycho-Sozialen-Zentren). Bei Verteilung und Unterbringung bedarf es zudem der Einhaltung von Unterbringungs- und Gewaltschutzstandards. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete müssen gemäß den Vorgaben des SGB VIII untergebracht werden.

## **AUSBILDEN STATT ABSCHIEBEN!** **FÜR DIE NUTZUNG VON POTENZIALEN**

In Zeiten von Fach- und Arbeitskräftemangel lohnt es sich immer, in Ausbildungs- und Berufsabschlüsse Geflüchteter – auch mit Duldung - zu investieren. Der Zugang zu Ausbildung und Arbeit muss deshalb für Geflüchtete schneller und unbürokratischer werden. Arbeitsverbote sind abzuschaffen. Auch der bisher schwierige Wechsel aus einem Asylverfahren hin zu einer auf Arbeit/Ausbildung basierenden Aufenthaltserlaubnis (sog. Spurwechsel) sollte erleichtert werden.

Die Abschiebung von Menschen, die in Ausbildung oder Arbeit sind, lehnen wir grundsätzlich ab. Potenzial sieht der Paritätische bei der Arbeitsmarktintegration von Frauen, besseren Angeboten für einen zügigen Spracherwerb sowie dem Ausbau von Bildungsmöglichkeiten insgesamt. Dazu gehört auch der Ausbau von umfassenden Sprach-Qualifizierungsmaßnahmen (z.B. bis zum Level C2). Die Anerkennung von Qualifikationen und Berufserfahrung sollte verbessert werden, insbesondere mit Blick auf die Anerkennung nicht-formaler, praktischer Kompetenzen Geflüchteter.



Foto: istock

## **WILLKOMMENSKULTUR LEBEN!** **FÜR EINE POLITIK DER TEILHABE**

Der Zugang zu politischen und Bürgerrechten muss allen dauerhaft hier lebenden Zugewanderten ermöglicht werden. Wir begrüßen deshalb Verbesserungen beim Zugang zur Staatsbürgerschaft (z. B. generelle Zulassung der Mehrstaatlichkeit, Verkürzung der Voraufenthaltszeiten), lehnen aber Verschärfungen bzgl. der Lebensunterhaltssicherung ab, weil dadurch v.a. Menschen mit Behinderungen, chronisch Erkrankte, Alleinerziehende und ältere Menschen von der Einbürgerung ausgeschlossen werden. Politische Rechte dürfen nicht vom Einkommen oder einer Vollzeittätigkeit abhängig gemacht werden.

Effektive und nachhaltige Lösungen brauchen die Zustimmung aller Betroffenen. Entsprechend sollten Geflüchtete ebenso wie die lokale Bevölkerung in die politischen Prozesse zur Gestaltung der Flüchtlingspolitik auf allen Ebenen stärker eingebunden werden (Partizipations- und Teilhabe-Gesetze, kommunales Wahlrecht).

Der Paritätische Niedersachsen, mit seinen 880 Mitgliedsorganisationen und damit zusammen über 90.000 hauptamtlichen sowie noch mehr ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen, versteht sich als kompetenter und lösungsorientierter Partner für Politik und als aktiver Player vor Ort. Er übernimmt neben den Kommunen eine Vielzahl von Aufgaben bei der Integration und Unterstützung Geflüchteter und ist weiterhin bereit, engagiert und gemeinsam an Lösungen für eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik zu arbeiten.